

Bezugspreise:
 In ganzen deutschen Reichs-
 jährlich: . . . 18 Mark.
 1/2 jährlich: 4 Mark 50 Pf.
 Einzelne Nummern: 10 Pf.

Ankündigungengebühren:
 Für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner
 Schrift 10 Pf. Unter „Eingekandt“ die Zeile 10 Pf.
 Bei Tabellen- u. Ziffernabz. entspr. Aufschlag.

Erchelonen:
 Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
 abends.

Dresdner Journal.

für die Gesamtleitung verantwortlich:
 Otto Bantz, Professor der Literatur- und Kunstgeschichte.

Annahme von Ankündigungen auswärts:
 Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissionär des
 Dresdner Journals.
 Hamburg-Berlin-Wien-Leipzig-Basel-Breslau-Frankfurt
 a. M.: Haasenstein & Vogler; Berlin-Wien-Hamburg-
 Prag-Leipzig-Frankfurt a. M.-München: Rud. Müller;
 Paris-London-Berlin-Frankfurt a. M.-Stuttgart: Debes
 & Co.; Berlin: Invalidentenkass.; Bremen: E. Schlotte;
 Breslau: L. Stangen's Bureau (Emil Kohath); Straßburg:
 G. Müller's Nachfolger; Hannover: O. Schöeller;
 Halle a. S.: J. Barck & Co.

Herausgeber:
 Königl. Expedition des Dresdner Journals,
 Dresden, Zwingenstraße No. 30.

Nichtamtlicher Teil.

Telegraphische Nachrichten.

München, 6. April. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ sagt betreffs der Beteiligung Bayerns an der Reform der Spiritussteuer, die Mitwirkung der bayerischen Regierung sei darauf gerichtet, den dem Reichstag zugehenden Entwurf den verschiedenen Verhältnissen soweit anzupassen, daß der spätere Anschluß Bayerns an die bei den Entwurf schon jetzt beteiligten Staaten ermöglicht werde. Daraus beziehe sich die Meldung von der Zusammenkunft der deutschen Finanzminister. Daß die bayerische Regierung vor der Abgabe einer bindenden Zustimmung sich mit dem bayerischen Landtag ins Einvernehmen setzen werde, sofern der Gesetzentwurf aus dem Bundesrat und dem Reichstage dergestalt hervorgehe, daß dessen Einführung für Bayern wünschenswert oder notwendig erscheine, habe der Finanzminister bereits in der vorigen Landtagssession erklärt.

Paris, 5. April. (W. T. B.) Infolge einer Bestimmung des Kriegsministers werden 5000 Mann nach Konin gehen, um die Mannschaften, welche dort ihren zweijährigen Aufenthalt beendigt haben, abzulösen. — Die Rechte hat eine Erklärung veröffentlicht, in welcher die republikanische Majorität getadelt wird, weil sie die Rechte von der Budgetkommission ausgeschlossen habe. Die Ausschließung treffe 3 1/2 Millionen steuerpflichtiger Bürger und mache die Majorität verantwortlich für die schlechte Finanzlage. Die Rechte erklärt, ihr Programm: „Weder Steuern, noch Anleihen, sondern Ersparungen“, aufrecht zu erhalten.

Bei dem heute stattgehabten Duell zwischen den Deputierten Douville und Sans-Lecocq wurde ersterer am Arme verwundet.

Brüssel, 5. April. (W. T. B.) Die mit der Vorbereitung der Militärkredite beauftragte Zentralisation der Abgeordnetenkammer trat heute zusammen und beschloß, die Regierung um Auskunft zu ersuchen über die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Befestigungsarbeiten, über die Gesamtausgaben, sowie über die gegenwärtige Art der Bewaffnung in Belgien.

London, 6. April. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Oberst Ridgeway und Kapitän Barrow begeben sich morgen nach St. Petersburg, um die Unterhandlungen mit der russischen Regierung wegen eubulgarischer Grenzstellung der afghanischen Grenze wieder aufzunehmen.

Sophia, 5. April. (Tel. der „Ag. Dan.“) Nachdem eines der Komitees der Verbindung zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des gereinigten Bulgariens bei den übrigen Komitees angeregt hatte, anlässlich des Geburtstages des Prinzen Alexander v. Battenberg die Unabhängigkeit des „Königreichs Bulgarien“ auszurufen, ließ die Regierung den Komitees mitteilen, daß sie zu derartigen Schritten keine Berechtigung hätten und forderte sie auf, im Interesse des Landes davon Abstand zu nehmen. Wenn auch die Regierung die Bevölkerung nicht hindern könne, den Geburtstag des Prinzen v. Battenberg in spontaner Weise zu feiern, so unterlasse sie doch jede offizielle Feier desselben.

New-York, 5. April. (W. T. B.) Die Anarchistenpartei hielt heute zur Feier von Wolf's Entlassung aus dem Gefängnis eine große Versammlung ab. In derselben erklärte Wolf, er werde

den Krieg gegen das Eigentum wie vor seiner Einsperrung fortsetzen.

Dresden, 6. April.

Das neue italienische Ministerium.

Depretis hat das mühselige Werk der Kabinettsbildung nunmehr vollendet. Die veröffentlichte Ministerliste entspricht in der Hauptsache den bisher in den Blättern ausgesprochenen Vermutungen. Robilant erscheint nicht mehr als Mitglied des Ministeriums, Depretis übernimmt außer dem Vorsitz im Kabinete auch provisorisch das Portefeuille des Äußern, Crispi jenes des Innern und Zanardelli das der Justiz. Der Kriegsminister Ricotti, der sich in den ostafrikanischen Dingen halb und halb kompromittiert, wird durch Bertolo Viale ersetzt; Wein, Magliani und Coppino behalten die Marine, die Finanzen und das Ministerium des öffentlichen Unterrichts, Saracco übernimmt an Stelle Genala's die öffentlichen Arbeiten. Wie man sieht, ist das neue Kabinete ein Koalitions-Ministerium im weitesten Sinne dieses Wortes. Seinen Charakter erhält das neue Kabinete Depretis durch den Eintritt von Crispi und Zanardelli in dasselbe und durch das Fernbleiben des Grafen Robilant aufgeprägt, sowohl in Bezug auf das innerpolitische Programm, wie in Bezug auf seine Richtung nach außen.

Der innerpolitischen Lage gegenüber bezeichnet dieses neue Koalitions-Ministerium nach der Wiener (alten) „Presse“, einen abermaligen Versuch des nach dieser Richtung hin durch keinen Mißerfolg abzuschreckenden Premiers, der parlamentarischen Verfahrensweise auf dem Romte Citorio ein Ziel zu setzen und aus den verschiedenartigsten Gruppen und Fraktionen des Abgeordnetenhauses auf künstlichem Wege durch Einziehung der Führer in den Regierungslade eine Majorität zu bilden, mit welcher man wenigstens die laufenden Geschäfte erledigen und den Staatszwang wieder bis auf weiteres innerhalb der gesetzlichen konstitutionellen Bahnen vorwärts schieben kann. Nachdem Hr. Depretis der Transformations- mit der Rechten nur halb geblüht und sein endlicher Versuch, auf Grund dieser von ihm angestrebten Verschmelzung eine Reanbildung des Kabinetts vorzunehmen, geradezu mißlungen ist, probierte er es nun nach der entgegengesetzten Seite hin, ob nicht eine Verschmelzung zwischen der ministeriellen und der oppositionellen Linken möglich sei. Crispi und Zanardelli werden der Regierung die Gruppe ihrer persönlichen Freunde zuführen. Ob der übrige Zuwachs von Seite der bisherigen pentarchischen Linken ein stärkerer sein wird und das rekonstruierte Kabinete in der That auf eine ausgiebige Majorität sich wird stützen können, ist nach dem, was bisher in den publizistischen Organen der verschiedenen Fraktionen verlautet, noch immerhin zweifelhaft. Es heißt, Cairoli habe sich gegen den Eintritt Crispi's und Zanardelli in die Regierung ausgesprochen, und Cairoli ist noch immer ein einflussreicher Mann, auf dessen Wort nicht bloß seine engeren Parteifreunde viel geben. Was ihn bestimmt haben mag, sein Mißfallen über die Transformation seiner bisherigen Freunde anzusprechen, wird nicht gemeldet; es wird nicht gesagt, ob es bloß prinzipielle Gründe waren oder ob hierbei auch jener treibende häusliche Ehrgeiz mit ins Spiel kam, der früher Cairoli bestimmte, an der Ministerpräsidentenschaft jäh festzuhalten, so lange es nur möglich war. Bezüglich der äußeren Politik macht das genannte Blatt geltend, daß bezüglich der Stellung Italiens zu den drei Kaiserreichen keine Änderung zu gewärtigen sei. Das gelte besonders von Crispi, welcher dem „Gaulois“ gegenüber sich auf die Thatfache beruft,

daß er der Erste unter den namhaftesten italienischen Politikern gewesen, welcher, lange bevor dies von seinen der offiziellen Kreise geschehen, eine Annäherung zwischen dem Königreiche und dem deutschen Kaiserreiche angestrebt habe. Im September des Jahres 1877 hatte der damalige Kammerpräsident Crispi eigens eine Reise nach Berlin unternommen, um dort insbesondere in parlamentarischen Kreisen Fühlung zu suchen. Bei einem Banket, welches ihm die national-liberale Fraktion gab und bei dem auch angelegene Vertreter der Regierung und des Bundesrates erschienen, hob Crispi in Erwiderung eines von Hr. v. Bennigsen ausgebrachten Toastes unter anderem hervor, „seine Verehrung gehöre in vollem Maße Deutschland, dem Bundesgenossen seines Vaterlandes; er wisse, wie sein Vorgesetzter Bennigsen, die Gemeinsamkeit der Interessen beider Völker betonen; ihre Freundschaft sei eine offene und ehrliche, die Verwirklichung geistiger Errungenschaften und mächtig errangener staatlicher Freiheiten sei beider Nationen Aufgabe. Italien, sowie Deutschland verdanke seine heutige Größe der Monarchie in konstitutioneller Form; um die vollständigen Dynastien haben sich hier vor die Nationen gesammelt, und darum sei das dauernde feste Band zwischen Fürst und Volk in Italien so innig geschlungen, wie in Deutschland. Es dränge ihn, auszusprechen, daß Deutschland jenseits der Alpen warme Freunde und Brüder habe, die ihm treu zur Seite stehen würden, und daß er in dem Bündnis mit Deutschland eine Stütze für Italien erblicke.“

Seine Berliner Reise Crispi's und insbesondere seine damals sensationell wirkende Rede wurden bekanntlich viel besprochen und bildeten den Ausgangspunkt zu einem Ueberraustausch zwischen Berlin und Rom, welcher freilich erst mancher Jahr später zum Abschluß der sogenannten Tripelallianz führte, nachdem man endlich in Rom erkannt hatte, daß der Weg zu einer vollen Verständigung mit Berlin nur über Wien führe und daß ein völliger Verzicht auf den Trentenismus die erste Vorbedingung einer ernstlichen Verständigung sei. Crispi hat damals das Zustandekommen einer solchen wirksam unterstügt und läßt auch jetzt neuerdings wieder durch seine Freunde versichern, „er habe die von ihm schon im Jahre 1877 in Berlin ausgesprochenen politischen Ueberzeugungen nicht geändert und er bilige die Allianz Italiens mit dem Centralmächten für die Erhaltung des Friedens“. Man wird diesbezüglich von einer solchen erneuerten Erklärung des nunmehrigen Ministers Crispi mit Bergnügen Notiz nehmen, wenn sie auch nicht im Stande ist, den Eindruck aufzuwiegen, den das dauerliche Ausschneiden des Grafen Robilant aus der Regierung gerade im gegenwärtigen Augenblicke gemacht hat.

Auch die „Neue freie Presse“ ist in dieser Beziehung mit der „Presse“ völlig der gleichen Meinung. Dieselbe sagt: „Sehe Gefahr, daß ein Ministerwechsel in Rom die herzlichen Beziehungen Italiens zu Deutschland und Österreich ändern könnte, ist indes schon beiseite, weil Depretis, wenn auch nur vorläufig, das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten selbst übernahm. Darin drückt sich der Wunsch Italiens aus, die Freundschaft und das Bündnis mit den beiden Kaiserreichen aufrechtzuerhalten. Depretis wird und kann keine andere Politik verfolgen, als Graf Robilant, denn der letztere hat nicht sowohl seine eigenen, sondern die Ideen des Ministerpräsidenten ausgeführt, und sein Rücktritt entbehrt jeder politischen Bedeutung, da Depretis selbst seine Erbschaft antritt. Hätte irgend ein anderer Staatsmann, über dessen Anschauungen man nicht genau unterrichtet wäre, die Rückfolge Robilant's übernommen, so würde vielleicht in Berlin und Wien einiges Mißtrauen rege geworden sein. Depretis

gegenüber hat es keine Berechtigung, und die Lösung der Krise, welche ihm nach so vielen Bemühungen gelungen, wird in Deutschland wie in Österreich und Böhmen begrüßt werden.“

Arbeit findet das neue Ministerium in Hülle und Fülle. Die ganze Gesetzgebungsmaschine ist durch Wochen in Italien stillgestanden und muß nun mit verdoppelter Kraft thätig sein, um die verlorene kostbare Zeit hereinzubringen. Vor allem harret das Gesetz über die Erweiterung des Kabinetts, durch welches zwei neue Ministerposten geschaffen werden sollen, seiner Erledigung. Zahlreiche und wichtige andere Gesetzentwürfe, zum Teile längst und schmerzlich erwartet, teilen dies Schicksal und Crispi wird vollem mit ihrer Erledigung zu thun haben. Ob er sich über alle Einzelheiten mit Depretis verständigte, ob überhaupt in diesem aus Männern der verschiedensten liberalen Parteirichtungen zusammengesetzten Koalitionsministerium jene Einigkeit herrschen wird, welche ihm allein Dauer und Erfolg verbürgen kann — das ist das große Fragezeichen, dessen Beantwortung man der Zeit überlassen muß. In der italienischen Presse wird bereits darüber gezankt, ob sich Depretis zu den Ansichten Crispi's oder Crispi zu den Meinungen des „Alten von Strabella“ bekehrt habe. Das ist ein müßiger Streit. Sind die beiden über die wichtigsten Angelegenheiten eines Sinnes geworden, so wird es wohl höchst gleichgültig sein, welcher der Herren seiner Eigenart die größere Beachtung aussetzt. Das neue Ministerium wird so lange bestehen, als es unter sich einig ist; sein Charakter und die Parteiverhältnisse der italienischen Kammer bringen es mit sich, daß es nicht durch eine parlamentarische Opposition, sondern nur, wie einst unser Bürgerministerium — durch innere Zwietracht fallen kann.“

Tageschichte.

* Berlin, 5. April. Se. Majestät der Kaiser ist von seinem letzten Unwohlsein nun vollständig wiederhergestellt. Heute nachmittags unternahm Allerhöchstdieselbe zum ersten Male wieder eine Spazierfahrt.

Heute mittag 12 Uhr fand in der Kapelle des hiesigen Kronprinzlichen Palais die feierliche Konfirmation der Prinzessinnen Sophie und Margarethe durch den Oberhof- und Domprediger Dr. Rögel statt. Zur Behoehnung an derselben waren Ihre Majestät die Kaiserin und die zur Zeit hier und in Potsdam anwesenden Mitglieder der Königl. Familie, der Prinz und die Prinzessin Friedrich v. Hohenzollern, der Oberstammer Graf Otto v. Stolberg-Wernigerode, die Staatsminister Dr. Friedberg und v. Boetticher, der hiesige großbritannische Botschafter Sir Edward Malet und Gemahlin und mehrere Mitglieder dieser Botschaft, der Prinz Alfred von Großbritannien und viele andere hochgestellte Personen im Kronprinzlichen Palais erschienen. Die Feierlichkeit begann um 12 Uhr mit dem Gesang der anwesenden Gemeinde: „Ein feste Burg ist unser Gott“. Nach der darauf folgenden Konfirmationsrede des Erzbischofen wurde von den Prinzessinnen das Glaubensbekenntnis abgelegt, worauf der Domchor „Kommt heiliger Geist“ und das „Gloria“ intonierte. Hierauf folgte die Einsegnung, das Gebet und Vaterunser. Der Gesang der Gemeinde: „In allen meinen Thaten“ schloß etwa um 11 Uhr die heilige Handlung.

Dem Arzte, welcher vor einiger Zeit das leichte Ohrenleiden Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm mit vielem Geschick behandelte und beseitigte, Oberstabsarzt Dr. Trautmann, Regimentarzt des Eisenbahregiments, wurde seitens des Prinzen die hohe Auszeichnung zu teil, daß ihm derselbe persönlich

Fenilleton.

Dresden, 5. April. In der am gestrigen Tage stattgehabten Sitzung des Königl. sächsischen Altertumsvereins, in welcher Sr. Königl. Hoheit Prinz Georg den Vorsitz führte, wurde nach Erledigung anderer geschäftlicher Angelegenheiten beschlossen, am 21. Mai einen Ausflug nach Moritzburg zu unternehmen. Prof. Dr. Steche berichtete über den weiteren Verlauf der Verhandlungen wegen des Grabmals des Dresdner Chronisten Anton Beck in der Petrikirche zu Bautzen. Der Substrat desselben hat aus bestimmten Gründen von einer Wiederaufrichtung desselben Abstand genommen, dagegen sich bereit erklärt, das Denkmal dem Altertumsverein unentgeltlich zu überlassen, wenn derselbe für die Überführung desselben nach Dresden sorgen wolle. Da der Verein für Geschichte Dresdens jedoch ein näheres Interesse an dem Grabmale hat, so hat der Altertumsverein das Wort diesem angeboten und ist es von ihm auch angenommen worden. Hr. v. Ransberg überreichte dem Verein den aus freiwilligen Beiträgen mehrerer Mitglieder angeschafften Gipsabguss der Krone Ludwigs des Heiligen von Frankreich, einer im Besitze Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Georg befindlichen, höchst wertvollen Goldschmiedearbeit des 13. Jahrhunderts, über deren Geschichte und künstlerische Bedeutung er sich in längerer Ausführung verbreitete. Sodann hielt sich Regierungsrat Dr. Hoffel seinen Schlussvortrag über „Die Politik des Kurfürsten Moriz in seinem letzten Lebensjahre“.

Anknüpfend an den im Dezember v. J. gehaltenen Vortrag gab er zunächst ein Bild der allgemeinen politischen Lage im Anfange des Jahres 1553. Auf der einen Seite stand eine starke Partei, die den im Passauer Vertrage festgesetzten Frieden auf jeden Fall aufrecht erhalten wollte; an ihrer Spitze Kurfürst Moriz und König Ferdinand. Auf der andern Seite Karl V., der die in allen Klümpen erstrebte Einheit der sächsischen und weltlichen Gewalt nicht aufzugeben gesonnen war. Dies Bestreben veranlaßte ihn u. a. zu der in seiner Weise zu rechtfertigenden Rücksicht gegenüber dem Markgrafen Albrecht von Brandenburg-Kulmbach in seinem Kampfe gegen die fränkischen Bischöfe. Moriz, der den Ehrgeiz und die Rücksichtslosigkeit Albrechts kannte, suchte sich vor allem gegen die durch diesen drohende Gefahr zu wappnen. Diesen Zweck verfolgte er sowohl durch die Beilegung der Braunschweiger Fehde als auch namentlich durch die Befestigung des freundschaftlichen Verhältnisses zu Ferdinand, der auf den Sonntag Misericordias einen Fürstentag nach Eger zur Beratung eines Fürstebundes ausrief. Doch setzte Moriz auch gleichzeitig seine Verhandlungen mit Frankreich fort; schon Weihnacht 1552 hatte er einem französischen Gesandten, der im Postlager zu Dresden erschienen war, die Aufstellung eines Hilfskorps in den Niederlanden in Aussicht gestellt; jetzt ließ er durch Volrad v. Mansfeld, der März 1553 nach Paris ging, um dem König seine Dienste anzubieten, daran erinnern. Auch an dem Fürstebunde, der Ostern 1553 zu Rensseloch bei Worms zu Stande kam, hatte Moriz wesentlichen Anteil. Die hier vereinten Fürsten boten den Kaiser, dem Treiben Albrechts ein Ende zu machen; in der That berief

berufte auf den 16. Mai 1553 eine Reichskommission zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen dem Markgrafen und den Bischöfen nach Frankfurt a. M. und verbot einstweilen die Fortsetzung der Fehde; jedoch ohne Erfolg: am 18. April nahm Albrecht Bamberg ein. Vergeltlich daten die Bischöfe die eben damals in Eger tagende Versammlung um Weistand; Moriz wünschte deren Einmischung nicht, weil er zuverlässigere Bundesgenossen haben wollte, bevor er gegen Albrecht vorging. Von anderer Seite kam der Anstoß zu Lösung der Frage. Albrechts alter politischer Gegner Heinrich d. J. von Braunschweig-Wolfenbüttel schloß unter Vermittelung von Moriz am 9. Mai 1553 zu Torgau einen Vertrag mit den fränkischen Bischöfen, in welchem er ihnen Hilfe versprach; auch Moriz stellte eine Söldnerhaare unter Hans v. Heideck zur Verfügung; endlich kam es am 31. Mai zu einem Bündnis zwischen Moriz und König Ferdinand, nach welchem diese beiden je 1500 Mann an die böhmische Grenze stellen und zum Einbruch in Franken bereit halten sollten. Der Vorschlag des Kurfürsten, den Oberbefehl über diese Truppen dem Herzog von Ferdinand zu übertragen, bewies, wie sehr derselbe wünschte, daß der Kampf als ein Reichskrieg erscheine. Deshalb hätte er auch gern gesehen, daß Karl V. die Reichsacht gegen Albrecht ausgesprochen hätte; aber dieser, in einen neuen Krieg gegen Frankreich verwickelt, wollte nach jener Seite hin freie Hand behalten. — So bedroht verließ Albrecht Franken und verlegte den Kriegsschauplatz zwischen Weser und Elbe. Seine fortgesetzten Bemühungen, Moriz zur Neutralität zu bestimmen, schlugen fehl. Im Lager vor Eimbed vereinigte Moriz seine Trup-

Die Großmutter.

Sebensbild von G. Reineck.
 (Schluß.)
 Frau Rosalie schwindelte; sie mußte sich an der nächsten Tischkante festhalten. Welch ungeheuerliches Glück, welcher Himmel auf Erden winkte ihr nach einer langen Laufbahn voller Dornen und Disteln! Der Besitz des unvergessenen Jugendgeliebten, ein sorgenloses Leben voll beglückender Ruhe, und das stille friedliche Haus! Aber da standen sie plötzlich lebendig vor ihrem geistigen Auge, die Engel aus der Dorotheenstraße in ihrer geistigen Siebenzahl.